

Gehaltserhöhung für 2025 bringt 3,5%

Großes Nulllohnrouden-Schauspiel vor den PV-Wahlen. GÖD verhandelt erneut reine prozentuelle Erhöhung, wodurch Besserverdiener einmal mehr profitieren.

Die heute eilends vor einer Demo beschlossene Gehaltserhöhung in Höhe von **3,5%** ist angesichts der budgetären Situation zu erwarten gewesen, aber für die **AUF/FEG** in Zeiten massiver Teuerung in dreierlei Hinsicht kein Grund zum Jubel:

1. Inflationsausgleich unzureichend

Die für die Gehaltserhöhung maßgebliche Inflationsrate wurde mit **3,8%** festgesetzt und lag dieser Wert ohnehin bereits deutlich unter der für die Pensionisten festgesetzten Rate von **4,6%**. Dass die aktiven Bediensteten nun nicht einmal diesen Teuerungswert im Sinne der propagierten Erhaltung geschweige denn Stärkung ihrer Kaufkraft erhalten, ist somit eine traurige Tatsache.

2. Ungerechte Verteilung verschärft Gehaltsschere

Diese prozentuelle Erhöhung führt zum Nachteil der Niedriglohngruppen im öffentlichen Dienst zu einem weiteren Auseinanderklaffen der Gehaltsschere, da Spitzenverdiener mehr als das Fünffache erhalten (€ 437,8) als die meisten Polizisten (€ 82,4).

Eine gerechte Verteilung hätte für alle Bediensteten einheitlich eine Erhöhung von € 175.– monatlich bedeutet und wäre ein klares Signal der Wertschätzung gewesen.

3. Vergessene Anpassungen und belastende Arbeitsbedingungen

Erneut wurden notwendige Anpassungen exekutivspezifischer Zulagen (z.B. E2b Zulage, WNZ, pauschalierte Aufwandsentschädigung) vollständig ignoriert.

Ebenso fanden die besonderen Belastungen und Erschwernisse (Vergütung für besondere Gefährdung, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit) keinerlei Berücksichtigungen bei den Verhandlungen.

Diese Fakten können auch nicht mit der angeblichen Verhinderung einer herbeigereiteten Nulllohnroude vom Tisch gewischt werden.

Folgende Klarstellung:

Tatsächlich war eine „Nulllohnroude“ bei den Verhandlungen nie ein Thema!

Dass von manch unberufener Stelle eine Nulllohnroude für den öffentlichen Dienst empfohlen wurde, ändert nichts daran, dass sie von keinem politischen Verantwortungsträger jemals auch nur in Erwägung gezogen wurde.

Der späte Verhandlungsstart war rein der personellen Veränderung im Finanzministerium durch den Abgang von Finanzminister Brunner (ÖVP) nach Brüssel geschuldet.

In diese Verzögerung der Verhandlungen die Absicht der Regierung für eine Nulllohnrunde hinein zu interpretieren, war daher völlig unbegründet.

Kampfmaßnahmen waren reine Show!

Dass sich die GÖD im Zuge von Gehaltsverhandlungen gerne als mächtige und entschlossene Vertretung ihrer Mitglieder darstellen möchte, ist hinlänglich bekannt. Angesichts eines erwartbar niedrigen Abschlusses das Schreckgespenst einer Nulllohnrunde an die Wand zu malen, um der Kollegenschaft hinterher einen auf angedrohte Demos und Streiks zurückzuführenden Erfolg vorgaukeln zu können, ist Showpolitik auf dem Rücken der Bediensteten.

Immerhin bleibt uns eine derartige Show nächstes Jahr erspart, da die Erhöhung für 2026 gleich mitbeschlossen wurde (Inflationsrate zuzüglich 0,3%).

Unser Fazit:

Grundsätzlich ist natürliche jeder Teuerungsausgleich zu begrüßen. Eine angemessene Wertschätzung - insbesondere für den Bereich der Exekutive - können wir in dieser Erhöhung, die deutlich unter der Gehaltserhöhung für Pensionisten und andere Branchen liegt, leider nicht erkennen!

Euer Team der AUF/FEG Personalvertretung
kompetent-verantwortungsbewusst-zuverlässig

[Zu den Gehaltstabellen — auf das Bild klicken:](#)

